

---

**7384/J XXVII. GP**

---

**Eingelangt am 09.07.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Mag. Christian Ragger  
und weiterer Abgeordneter  
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz  
betreffend **Behindertenorganisationen protestieren gegen die Kürzung der Stelle  
des Sonderberaters**

Die Lebenshilfe Österreich erklärte folgendes in einer Aussendung vom 31. Mai 2021:

### **„Offener Brief an das Sozialministerium**

*Behindertenorganisationen protestieren gegen die Kürzung der Stelle des  
Sonderberaters betreffend Behindertenangelegenheiten*

*Wien (OTS) - In einem offenen Brief an Sozialminister Dr. Wolfgang Mückstein  
bekundeten heute zahlreiche österreichische Behindertenorganisationen ihren Unmut  
über die geplante Streichung der Stelle des Sonderberaters für den Bereich  
Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten. Dies widerspricht den im  
Nationalen Aktionsplan und im Regierungsprogramm angekündigten inklusiven  
Maßnahmen und der für deren Umsetzung erforderlichen fachlichen Expertise.*

*Österreich hat sich mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-  
Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Menschenrechte umfassend  
sicherzustellen. Menschen mit Behinderungen sind schon jetzt in der österreichischen  
Politik stark unterrepräsentiert bis ausgeschlossen. Das hat sich auch im jüngsten  
Krisenmanagement im Zusammenhang mit der Pandemie bestätigt. Behindertenpolitik  
betrifft viele Lebensbereiche. Daher treten alle unterzeichnenden Organisationen  
explizit für den Erhalt der Stelle des Sonderberaters ein und fordern die Etablierung  
einer übergreifenden Stelle für Inklusion beim Bundeskanzleramt.*

*Um die Interessen von Menschen mit Behinderung in Österreich umzusetzen und die  
notwendigen Schritte in Richtung Inklusion gehen zu können, bedarf es einer Expertise  
für die fachliche Koordination der österreichischen Behindertenpolitik. Darin sind sich  
die unterzeichnenden Organisationen einig.“*

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210531\\_OTS0172/offener-brief-an-das-sozialministerium](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210531_OTS0172/offener-brief-an-das-sozialministerium)

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

## **ANFRAGE**

1. Warum wurde die Stelle des Sonderbeauftragten für Behindertenangelegenheiten gekürzt?
2. Wer übernimmt künftig die Aufgabenbereiche und Kompetenzen dieser Stelle?
3. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf Verpflichtungen betreffend die UN-Behindertenkonvention wahrgenommen werden?
4. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf die Bestimmungen des Nationalen Aktionsplan wahrgenommen werden?
5. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf die im Regierungsprogramm angekündigten inklusiven Maßnahmen wahrgenommen werden?
6. Welche Maßnahmen setzen Sie und Ihr Ministerium, um Menschen mit Behinderungen gebührend in der Politik zu repräsentieren?
7. Welche Stellungnahme geben Sie in Bezug auf die Aussendung und den Protest der Behindertenorganisationen ab?
8. Welche Stellungnahme geben Sie in Bezug auf die Forderung auf die Etablierung einer übergreifenden Stelle für Inklusion beim Bundeskanzleramt ab?
9. Unterstützen Sie diese Forderung?
10. Wenn ja, warum?
11. Wenn nein, warum nicht?